

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

www.betriebsaktiv.de • 9. April 2019

<b>Audi:</b> Steckt der Autohersteller Audi in der Krise, wie es Medien melden? .....	2
<b>HAP:</b> Erst Lohnverzicht – jetzt 400 raus. Hörmann Automotive Penzberg kracht .....	3
<b>Öffentlicher Dienst:</b> Eine Handvoll Euros mehr .....	4
<b>Mexiko:</b> 70.000 im Kampf. Arbeiterstreiks gegen Hungerlöhne .....	5
<b>BMW:</b> Arbeitsrichterin gibt Ronny in einem wegweisen Urteil Recht .....	6

## Kommt zur Mai-Demonstration!



**1. Mai | 9.45 Uhr | DGB-Haus | Schwanthalerstr. 64 | U-Bahn Theresienhöhe**

## Aus Freude am Sparen

*Innovative Schwarzarbeit auf BMW-Großbaustelle im Münchner Norden.*

Das Forschungs- und Innovationszentrum (FIZ) ist ein 400-Millionen-Projekt von BMW, das im Münchner Stadtteil Milbertshofen aus dem Boden gestampft wird. BMW wirbt damit, dass es die „Innovationskraft Deutschlands“ zeigen werde. Ein Großeinsatz des Zolls im Februar führte dazu, dass von den 400 Kollegen auf der Baustelle 22 dem Haftrichter vorgeführt wurden.

Gefälschte Pässe waren gefunden worden. Kann ein Kollege aus Bulgarien oder

Rumänien so einfach Pässe fälschen? Wer steckt dahinter? Der DGB München vertritt 16 Kollegen aus Rumänien, die Monate lang ohne Lohn auf der FIZ-Baustelle beschäftigt waren. 200 Euro wurden ihnen für einen Schlafplatz abgeknöpft. Sie leben von einem Taschengeld – von der Hand in den Mund. Der DGB nennt eine Forderung von insgesamt 100.000 Euro. (Süddeutsche Zeitung, 27. Februar 2019)

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Zoll die Baustelle überprüft und gefälschte

Papiere gefunden. Es muss also mit Sicherheit angenommen werden, dass BMW von den Arbeitsbedingungen wusste. Doch der Premium-Autobauer macht sich gemeinsam mit den verbrecherischen Subunternehmern auf der FIZ-Baustelle!

Es ist wie ein Hohn, dass nun der Zoll, also der Staat, noch stärker gegen Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug vorgehen soll. Finanzminister Scholz (SPD) wird

Lesen Sie weiter auf Seite 3 ■

## Audi in der Krise – wer zahlt die Zeche?



Die Medien melden, der Autohersteller Audi stecke in der Krise. Der Audi-Vorstand möchte, dass die Belegschaft die Zeche zahlt. Darüber sprach die Auf Draht mit Matthias (Name geändert), Vertrauensmann der IG-Metall. Er arbeitet in der Entwicklung bei Audi.

*Audi werden Manipulationen vorgeworfen. Kannst du kurz umreißen, worum es geht?*

Hier geht es hauptsächlich um die Vorwürfe, die aus dem Dieselskandal entstanden sind. Es geht darum, dass bei den Abgastests die Fahrzeuge die Testumgebung erkennen und sich dementsprechend anders als im Normalbetrieb verhalten, um so im Testzyklus bessere Ergebnisse zu erhalten. Das Auto schaltet erst danach in den Normalbetrieb, wie er auch beim Kunden ist. Ich glaube aber, dass Audi in der Vergangenheit einiges verpennt hat. Letztes Jahr schaltete man den neuen Testzyklus „WLTP“ scharf.

*WLTP bedeutet was?*

WLTP ist der neue Prüfzyklus für die Abgaswerte, um dann eine Zulassung zu erhalten. Seit September 2018 müssen alle weltweit zugelassenen Fahrzeuge den WLTP-Standard erfüllen, der näher am realen Verbrauch ist. Das hat Audi total verpennt. Eventuell hat der Konzern gehofft, hier durch Lobbyarbeit noch einen zeitlichen Aufschub zu bekommen. Jedenfalls führte dies dazu, dass viele Fahrzeuge nicht zugelassen werden konnten und dass die Produktion eingeschränkt werden musste.

*Wie reagiert die IG Metall auf die Drosselung der Produktion bei Audi?*

Es gibt eine Beschäftigungssicherung bis 2025, die der Betriebsrat mit der Kapitaleseite ausgehandelt hat. Die IG Metall möchte diese bis 2030 verlängern. Von der Kapitaleseite gibt es eine ganz klare Aussage, dass Stellen abgebaut werden sollen. Das kann man auch mit Beschäftigungssicherung machen, wenn freie werdende Stellen nicht neu besetzt werden.

*Sind das die einzigen Mittel der Kapitaleseite, das eigene Versagen auf die Belegschaft abzuwälzen?*

Schichtentfall ist gerade ein großes Thema. Der neue Vorstandsvorsitzende Abraham Schot, der sich sehr kumpelhaft und lässig auf der Betriebsversammlung im Dezember hingestellt hatte und sagte, dass wir als Audi alle an einem Strang ziehen müssen, knallt keine zwei Monate später dem Betriebsrat den Antrag auf unbefristeten Schichtentfall auf den Tisch. Der Betriebsrat konnte zwei solcher Anträge abwehren und stimmte nun Mitte März jedoch zu. Der Schichtentfall wird zur Folge haben, dass die Kollegen, die von diesen Schichten betroffen sind, auf die anderen Schichten verteilt werden. Für alle Kollegen heißt das, dass sie weniger Arbeitsstunden zur Verfügung haben. Sie müssen Minusstunden machen und mit ihrem Stundenkonto ausgleichen. Auf lange Sicht bedeutet es Einkommensverlust.

*Du warst vorletzte Woche auf der Vertrauenskörpervollversammlung der IG Metall. Was habt ihr dort besprochen?*

Zuerst sprachen der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Ingolstadt, Bernhard Stiedl, der Betriebsratsvorsitzende Peter Mosch und der Leiter des Vertrauenskörpers, Jörg Schlagbauer. Da wurde darauf hingewiesen, dass aus Arbeitersicht Audi kein Sanierungsfall ist, wie es das „Manager-Magazin“ nannte. Die Rendite von Audi ist ein bisschen zurückgegangen. Das heißt nicht, dass Audi rote Zahlen schreibt, sondern

es wird nur weniger Profit gemacht. Aus Gewerkschaftssicht sind die Probleme, die Audi heute hat, dem Vorstand und dem Management anzulasten. Neue Entwicklungen, wie WLTP, aber auch die E-Mobilität wurden lange ignoriert. Die Kosten dafür sollen jetzt von der Belegschaft getragen werden. Betriebsrat, Gewerkschaft und Vertrauenskörper erteilen dem eine klare Absage: Das müssen wir uns nicht gefallen lassen. Dagegen können wir uns als Belegschaft wehren, und das müssen wir auch tun.

*Wie wollt ihr euch wehren? Kam das auf der Konferenz zur Sprache?*

Es gab Gesprächsrunden, bei denen man zwischen den Tischen wechselte und mit vielen Kollegen ins Gespräch kam. Für alle war es klar, dass wir zusammenstehen müssen. Es dürfen nicht die Fachbereiche oder Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Das hat man auch beim Streik der Kollegen in Győr gesehen (Anmerkung der Redaktion: siehe auch Auf Draht vom Februar 2019). Das ist eine positive Sache, wenn die bessere Löhne kriegen. Der Lohndruck auf uns in Deutschland ist dann auch nicht mehr so hoch. Man darf sich nicht spalten lassen. Es wurde überlegt, dass beispielsweise die Kollegen, die vom Schichtentfall betroffen sind, mit denen, die nicht unmittelbar betroffen sind, sich mit kleinen Aktionen bemerkbar machen könnten. Kleine Aktionen könnten Kundengruppen und Ministrieks in der Produktion sein.



► Fortsetzung von Seite 1

## Aus Freude am Sparen

dafür 10.000 neue Stellen schaffen. (Süddeutsche Zeitung, 26. März 2019) Was passiert da? Der Staat der Reichen und Konzerne wird ein paar arme Teufel mehr vor den Richter zerren, abschieben. Recht und Ordnung sind hergestellt, während die nächsten schon angeheuert sind. So wird Armut von Arbeitern kriminalisiert.

Doch BMW hält sich da fein raus, innovativ. Man lässt verlauten, dass man die Zolleinsätze begrüße. Der Konzern wird weiterhin Generalunternehmer unter Vertrag nehmen, die sich gegenseitig niederkonkurrieren. Die beschäftigen Subunternehmer per Werkvertrag. Gebucht wird, wer 100.000 Euro mehr aus den Arbeitern rausschinden kann.

BMW ist verantwortlich zu machen für die Auftragsvergabe an solche Halsab-

schneider im Baugeschäft! BMW hat zu prüfen, ob der Mindestlohn gezahlt wird, ob Sozialabgaben abgeführt werden! Dazu ist der Konzern als Auftraggeber und somit der Nachunternehmerhaftung verpflichtet. Die gilt für das Baugeschäft – und für Schlachthöfe. ■ *krrn*

## Erst Lohnverzicht – jetzt 400 raus?

Der Automobilzulieferer Hörmann Automotive (HAP) in Penzberg kracht.

**H**AP ist eines der größten Unternehmen in der Tölzer Region. Der Betrieb steht auf dem Gelände, wo MAN bis 2005 Busse gefertigt hatte. Nun holt MAN Aufträge zurück und stürzt so HAP in eine Krise.

Das Management verspricht ein „Zukunftskonzept“, kommt aber nicht rüber damit. Grund für den Absturz des hochautomatisierten Standorts ist nicht zuletzt die Krise in der Autoindustrie. Von den über 600 Beschäftigten sollen bis zu 400 abgebaut werden, nach jüngsten Meldungen

aus dem Betrieb.

2008 hat HAP mit der IG Metall einen sogenannten Ergänzungstarifvertrag abgeschlossen. Da wurden Lohnkürzungen vereinbart, zum Erhalt der Arbeitsplätze, wie es so schön heißt. Der Vertrag lief Ende 2018 aus und soll neu verhandelt werden.

Wird da eine Drohkulisse aufgebaut, um die Belegschaft zu weiterem Verzicht zu erpressen? Diese Taktik, mit Entlassungen zu drohen, um schlechtere Bedingungen durchzusetzen, kennt man von anderen Kapitalisten der Metallbranche bereits.

Thomas Nachtmann, der Betriebsratsvorsitzende: „Es ist eine Sauerei, so mit Menschen umzugehen, die jahrelang Lohnverzicht geleistet haben“. (Tölzer Kurier, 23. März 2019)

Zukunftskonzept? Derzeit sieht der Betriebsrat als letzte Möglichkeit einen Sozialplan, um den zu kämpfen sein wird „mit den legalen Mitteln, die wir zur Verfügung haben“, so Kollege Nachtmann. Da ist Streik mit dabei. ■ *krrn*

## Eine Handvoll Euros mehr

Der Tarifabschluss für die Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes hat Licht und Schatten. Knapp acht Prozent Erhöhung bei einer Laufzeit von 33 Monaten wurden vereinbart.



Vor dem Abschluss: Fröhlich kämpfende Kolleginnen

Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske bejubelt den Anfang März nach drei Verhandlungsrunden und vielen Warnstreiks (siehe auch Auf Draht vom 26. Februar) vereinbarten Abschluss für die knapp eine Million Beschäftigten der Länder, der auch auf die Beamten und Pensionäre angewendet werden soll: „Das ist das beste Ergebnis seit vielen Jahren und ein guter Tag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.“ Wirklich?

7,3 Milliarden höhere Personalkosten bedeutet dieser Tarifabschluss für die Länder nach Angaben ihres Verhandlungsführers, des Berliner Finanzsenators Matthias Kollatz von der SPD. Hört sich viel an, ist aber angesichts sprudelnder Steuereinnahmen durchaus verkraftbar. Seit 2014 erwirtschaften die Bundesländer jedes Jahr Überschüsse. 11,1 Milliarden Euro letztes Jahr, im Jahr davor sogar 12,1 Milliarden

Euro. In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Steuereinnahmen der Länder von 254 auf 312 Milliarden. Die prognostizierte Steuerschätzung geht von einem weiteren Anstieg der Steuereinnahmen auf 352 Milliarden Euro bis 2021 aus, die vereinbarte Laufzeit des Tarifabschlusses. Acht Prozent Gehaltserhöhung beklagt der Steuerzahlerbund und so mancher kleinbürgerlicher Meckerer. Wirklich?

Die acht Prozent gibt es auf 33 Monate verteilt. Die Kolleginnen und Kollegen werden das schon bald zu ihrem Leidwesen im Geldbeutel spüren. Rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres gibt es 3,2 Prozent mehr. Doch schon der zweite Schritt, noch mal 3,2 Prozent zum 1. Januar 2020, wird weit weniger wirken. Rechnet man die Inflationsrate dazu, wird die Hälfte der Erhöhung durch die Teuerung aufgezehrt. Und die 1,4 Prozent im Januar 2021 dürften

unter dem Strich sogar zu Reallohnverlusten führen! „Ein fauler Kompromiss“ nennt Bsirskes Heimatblatt, die *Hannoversche Allgemeine*, den Tarifabschluss (Hannoversche Allgemeine, 4. März 2019). „Verdi kann stolz die Prozentzahl acht hochhalten. Viele Beschäftigte werden das schon bald auf ihrem Konto zu spüren bekommen“, schreibt das Blatt weiter.

Stolz sein können auf jeden Fall die Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Warnstreiks aktiv beteiligt haben. 700 gingen am 14. Februar auf die Straße bzw. trafen sich vor dem Nymphenburger Schloss, 2.000 dann am 26. Februar zu Beginn der Verhandlungen. Sie hatten es nicht leicht, sind sie doch in den Betrieben und Verwaltungen in der Minderheit. 40.000 erwerbstätige Mitglieder hat Verdi im Bereich der Länderbeschäftigten, dies entspricht einem Organisationsgrad von fünf Prozent. Sie haben für 813.000 Tarifbeschäftigte, 1,2 Millionen Beamte und 900.000 Versorgungsempfänger (Pensionäre) diesen Abschluss erkämpft.

Etlliche Kolleginnen und Kollegen zogen eine Krankmeldung der Streikbeteiligung vor. Damit haben sie zwar zur gewollten Einschränkung des Betriebsablaufs beigetragen, aber nicht zu machtvolleren Aktionen. Nicht akzeptabel sind jedoch die Kommentare jener Kolleginnen und Kollegen bezüglich des Ergebnisses, die sich zum Streikbruch entschlossen haben. Sie haben jetzt gut zwei Jahre Zeit darüber nachzudenken, was es heißt, solidarisch zu sein. Bis 2021 läuft der Tarifvertrag, sofern er nicht in der bis zum 10. April (Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 7. April) laufenden Mitgliederbefragung von den Mitgliedern doch noch abgelehnt wird.

Letztendlich gilt: Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde. Jetzt gilt es, die Zögerlichen in den Belegschaften und den Personalräten für die Gewerkschaften zu gewinnen, um 2021 ein besseres Ergebnis zu erzwingen. ■RW

Neben den acht Prozent Einkommenserhöhungen bei einer Laufzeit von 33 Monaten für die Beschäftigten der Bundesländer wurden weiteres vereinbart:

- Stärkere Steigerung der jeweiligen Eingangsstufen um – laufzeitbezogen – 10,8 Prozent, die übrigen Stufen steigen dann um 7,6 Prozent. Damit sollen Einstiegsvergütungen attraktiver werden, um fehlendes Personal zu gewinnen.
- Teil des Gesamtvolumens sind auch die tabellenwirksamen Mindestbeträge von 100 Euro in 2019, 90 Euro in 2020 und 50 Euro in 2021. Dies führt zu einer Anhebung vor allem in den unteren Entgeltgruppen.
- Im Pflegebereich wurde die bessere Tarifabelle aus dem kommunalen Bereich übernommen. Zusätzlich gibt es eine Pflegezulage von 120 Euro für die Pflegekräfte monatlich obendrauf.
- Für Lehrkräfte wurde die Ausgleichszulage rückwirkend zum 1. Januar um 75 Euro auf 105 Euro erhöht.

### Veranstaltungshinweis

Sa. 13. April  
ab 17 Uhr

100 Jahre Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte  
Vortrag von Hermann Kopp, Historiker und Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung sowie musikalische Hommage von Manuela Dietl (Akkordeon, Gesang) an revolutionäre Zeiten mit – noch unbekanntem – Kurt-Eisner-Lied

Hofbräuhaus, Münchner Zimmer, 2. Stock. Einlass 17 Uhr, Programm ab 18 Uhr

# Die bayerische Räterepublik und die K.P.D.



MARX  
ENGELS  
STIFTUNG

PLENUM  
REVOLUTION UND BASELBEREIT

Freidenker  
München  
und LV Bayern

DKP  
SDA  
MUC

Landeshauptstadt  
München  
Kulturreferat

## Arbeiterstreiks gegen Hungerlöhne in Mexiko

Beginnend ab Mitte Januar bis in den März diesen Jahres haben 70.000 Arbeiterinnen und Arbeiter Streiks zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung gegen ihre Kapitalisten organisiert.

Ihr Kampf richtete sich dabei nicht nur gegen den Widerstand und die Schikane von Kapital und Regierung, sondern ebenso gegen den Willen offensichtlich korruptierter Gewerkschaftsführer. Eine Arbeiterin vom Autoteile-Zulieferer Fisher Dynamics berichtete dazu u.a. „Wir arbeiten uns kaputt. Die Arbeitszeiten sind zu lang, es gibt zu viel Druck von der Gewerkschaft, die Gewerkschaftsdelegierten sind immer auf der Seite des Unternehmens und nie auf der Seite der Arbeiter. (www.LabourNet.de, 28. Januar 2019)

Daraus haben die Belegschaften die Konsequenz gezogen und sich vom Kommando der kapitalgesteuerten Gewerkschaftsführung unabhängige Streikkomitees zu wählen. Die haben sich über eigene Delegierte von Betrieb zu Betrieb verständigt und über den jeweiligen Stand der Auseinandersetzung informiert. Hierbei lautete ihre Forderung: 20 Prozent mehr Lohn und eine ihnen zugesagte Einmalzahlung von 30.000 Pesos (knapp 1.400 Euro) sowie die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Die zur Durchsetzung dafür notwendigen Aktivitäten und Streiks haben sie als „Movimiento 20/30“ bezeichnet, weil 20 Prozent mehr Lohn sowie 30.000 Pesos extra.

Die Belegschaften von rund 50 Betrieben - darunter drei Stahlwerke - haben sich der Bewegung angeschlossen. Dabei ist die Zahl der Streikenden auf über 70.000 angewachsen. Das Zentrum der Streiks lag in der Umgebung und in der Stadt Matamoros im mexikanischen Bundesstaat Tamaulipas. Matamoros liegt in einer Sonderwirtschaftszone direkt an der Grenze zum texanischen Brownsville in den USA, wo sich u.a. 3.000 sogenannte Maquiladora-Fabriken befinden. Die Maquiladoras sind ein Gemisch von vielen Teile-Fertigern und -Zulieferern fürs Automobil-Kapital. So für General Motors (GM) und Ford. Aber auch für die Luft- und Raumfahrt-Industrie sowie z. B. Coca-Cola wird gearbeitet. Über eine Million Frauen und Männer sind in diesen Betrieben beschäftigt. Nach eigenen Aussagen arbeiten sie dort für Hungerlöhne unter sklavenähnlichen Bedingungen. Im Durchschnitt für 176 mexikanische Pesos am Tag. Das sind umgerechnet 8 Euro. Da-



mit liegen sie selbst bei einer 20prozentigen Lohnerhöhung mit dann 9,60 Euro täglich, gerade mal 44 Cent über dem in Deutschland geltenden gesetzlichen Mindestlohn. Das sind 9,16 Euro - für die Arbeitsstunde.

### Internationale Solidarität!

Das ist die Bitte und Forderung der mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter. Eine Arbeiterin der zum weltweit operierenden US-Konzern Astronautics gehörenden Firma Kearfott hat im Namen ihrer Belegschaft in diesem Sinne

an die zigtausend Konzern-Beschäftigten appelliert: „Wir fordern Euch auf, uns zu unterstützen, damit man auf der ganzen Welt den verzweifelten Schrei hört. Die Wirtschaft wird überall von ein paar wenigen kontrolliert, die unsere Integrität mit Staatsgewalt bedrohen.“

Die Staatsgewalt hat die mexikanische Polizei mit Gummigeschossen und anderen Repressalien auf Demonstrationen der Streikenden losgelassen Ein Arbeiter wurde getötet. Dabei wurde der Einsatz der Kriegsmarine (der Golf von Mexiko ist nahe) gegen sie angekündigt, um den Streik niederzuschlagen. Seit Beginn der Streiks haben sich die örtliche aber auch die internationale Presse daran mit einer Nachrichtensperre beteiligt. Damit sollte verhindert werden, dass sich noch weitere Belegschaften solidarisieren und sich die

„Viele Unternehmen drohen den Arbeitnehmern mit Massenentlassungen. In Unternehmen wie Kemet wurden Arbeiter ausgesperrt. In einer anderen Firma namens AFX werden die Arbeiter mit Gewalt bedroht, wenn sie ein Banner aufhängen, das den Streik anzeigt. In einem anderen Werk, namens Autoliv wurde die Polizei gerufen und eingesetzt, um Arbeiter vom Gelände zu entfernen. Die Arbeiter wollen, dass diese Informationen weitergegeben werden, aber sie haben Angst. Es gab viele Jahre lang Ungerechtigkeiten und schlechte Behandlung, und wir sind müde.“

(www.LabourNet.de, 16. Januar 2019)

► Fortsetzung von Seite 5

## Arbeiterstreiks gegen Hungerlöhne in Mexiko

Streikbewegung auf Firmen in den grenznahen USA ausdehnt.

In einer Rundmail (24. Februar 2019) haben u.a. 700 Streikende eines Cola-Abfüll-Betriebs darum gebeten, mit Streikberichten in den sozialen Medien die Nachrichtenblockade zu durchbrechen. Weltweit soll dadurch die Aufmerksamkeit anderer Gewerkschaften auf die Streikbewegung in Mexiko gelenkt werden. Spre-

cherinnen und Sprecher der Streikenden haben dazu erklärt und damit vermittelt: Als Arbeiterinnen und Arbeiter sind wir auf der ganzen Welt eine internationale Klasse!

Diese Einsicht ist unseren Gewerkschaftsführern etwas aus dem Blickfeld geraten. Denn weder in der *Metallzeitung* noch in der vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Zeitung *Einblick* wurde bisher über die Auseinandersetzungen in

den Maquiladoras berichtet. Es ist daher abhängig von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Belegschaften, ob Versäumtes nachgeholt wird. Das heißt: Den mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern unsere Solidarität in ihrem Kampf gegen Kapital und Regierung durch Solidaritätsresolutionen aussprechen. ■ **Ludwig Jost**

In einem Interview hat die in der Autoteile-Fertigung arbeitende Kollegin Breyssa geschildert, was dabei vielfach abgeht: „In meiner Fabrik liegt immer Maschinenöl auf dem Boden, und es ist schrecklich laut. Wir erhalten keine Sicherheitsschuhe oder Gehörschutz. Wir müssen unsere eigene Sicherheitsausrüstung mitbringen. Die Schichten sind mehr als 10 Stunden pro Tag, von Montag bis Samstag. Wir sind auf den Beinen, können nirgendwo sitzen, und manchmal sind wir gezwungen, Überstunden zu machen. Wir beginnen um 5.30 Uhr und gehen abends um 6 oder 7 Uhr. Wir dürfen während unserer Schicht nicht mehr als fünfmal auf die Toilette gehen, und dann können wir nur fünf Minuten austreten. Wir können nicht viel Wasser trinken, obwohl es in den Werkshallen oft sehr heiß ist.“

## Ronny hat Recht bekommen!

Ronny, Leiharbeiter im Forschungs- und Innovationszentrum von BMW, hatte sich gegen rassistische Äußerungen seiner Vorarbeiters während der Probezeit zur Wehr gesetzt.

Er beschwerte sich beim Betriebsrat („Auf Draht“ vom 26. Februar 2019 berichtete darüber). Kurz darauf wurde er von BMW abgemeldet. Keine weiteren 24 Stunden später kündigt ihm die Leiharbeitsfirma. Mit Hilfe von Verdi klagte der Kollege gegen diese Kündigung – und bekam Recht!

In der Pressemitteilung des Münchner Arbeitsgerichts vom 1. März 2019 wird dazu festgestellt: „Ein Leiharbeitnehmer darf sich gegen rassistische Äußerungen von Kollegen in einem Entleiherbetrieb wenden und dazu auch den Betriebsrat im Entleiherbetrieb einschalten, ohne das dem Entleiher mitteilen zu müssen. Eine Kündigung deswegen ist auch in den ersten sechs Monaten eines Arbeitsverhältnisses („Probezeit“), in denen der Kündigungs-

schutz nach § 1 KSchG noch nicht greift, unwirksam. (...) Ein von rassistischen Beleidigungen geprägtes Arbeitsumfeld muss ein Arbeitnehmer nicht – auch nicht in einem Entleiherbetrieb – hinnehmen, auch wenn sich rassistische Äußerungen nicht unmittelbar gegen ihn selbst richten. Auch ein Leiharbeitnehmer kann deswegen beim Entleiher und seinem Arbeitgeber auf angemessene Abhilfe hinwirken. Die dadurch gezogenen Grenzen hat der Kläger mit seinem Verhalten nicht überschritten. Darüber hinaus war der Kläger auch als Leiharbeitnehmer berechtigt, den Betriebsrat des Entleiherbetriebes aufzusuchen (§ 14 Abs. 2 Satz 2 sowie Satz 3 AÜG, §§ 39, 84 BetrVG).

(...) Insbesondere haben Entleiher und Arbeitgeber keinen Anspruch darauf zu

erfahren, ob, wann und mit welchem Ziel ein Arbeitnehmer den Betriebsrat aufgesucht hat.“<sup>1</sup>

Dieses schlicht demokratische Urteil ist äußerst nützlich für jeden Gewerkschafter, der im Betrieb mit Rassismus zu kämpfen hat. Man sollte es groß ans schwarze Brett hängen.

Doch noch ist dieser Kampf nicht zu Ende, es kann noch Revision eingelegt werden. Es wird sich zeigen, ob die Leiharbeitsfirma und hinter ihr der „Weltoffenheit und Toleranz“ großschreibende BMW-Konzern das auch so sehen wie die Richter am Münchner Arbeitsgericht. ■ **gr**

<sup>1</sup> [https://www.lag.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lag/muenchen/arbgmuenchen/presseerklaerung\\_probezeitkündigung.pdf](https://www.lag.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lag/muenchen/arbgmuenchen/presseerklaerung_probezeitkündigung.pdf)

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe **KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

**Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München**



Übergabe der mehr als 100.000 Unterschriften am Innenministerium in München. Ziel ist ein Volksbegehren: „Stoppt den Pflegenotstand“

### **Pflegenotstand - „Kommt da ein Notfall rein, ist es der GAU“**

Alle Kolleginnen und Kollegen sind von der Misere betroffen, von der Geburtshilfe, über die Notfallversorgung bis zum normalen Krankenhausaufenthalt, von älteren Menschen ganz zu schweigen. Deshalb sollte das Thema in allen Betrieben, auf Betriebs- und Personalversammlungen angesprochen und unterstützt werden. Nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern z. B. auch in den Metallbetrieben!

## Die wundersame Verwandlung der CSU

Seit den Landtagswahlen im vergangenen Herbst wirken die CSU oder doch zumindest ihre Oberen wie ausgewechselt.

Söder spielt den treusorgenden Landesvater, der für jeden ein Ohr hat. Keine offen rassistischen Sprüche mehr wie „Asyltourismus“ für unter Lebensgefahr übers Mittelmeer flüchtende Menschen. Auch „konservative Revolutionen gegen linke Eliten“ (Dobrindt) werden gerade nicht verkündet. Mit der CDU scheint man so einig, wie seit Jahren nicht mehr, als wäre nie etwas gewesen. Und man ist nun plötzlich überzeugter „Europäer“. Also

keine Drohung mit Alleingängen mehr, keine Europaskepsis im Wahlkampf, sondern ein gemeinsames Wahlprogramm mit der CDU und ein CSU-Mann als Spitzenkandidat der Europäischen Volksparteien.

„Wir haben verstanden“ signalisiert der neue und der alte Ministerpräsident. Doch was ist der Grund dafür, dass die CSU nun Kreide zu fressen scheint? Der Verlust der absoluten Mehrheit bei den Wahlen? Die großen Demonstrationen gegen die CSU

und ihre Hetze? Dies sicherlich auch. Doch ganz wesentlich dürften es andere Kräfte sein, die zu diesem Wandel beigetragen haben.

### **Mahnung der Kapitalverbände**

Schon im vergangenen Juni, als Seehofer ankündigte, notfalls ohne und gegen europäische Regelungen Flüchtlinge an

Lesen Sie weiter auf Seite 6 ►



► Fortsetzung von Seite 7

## Die wundersame Verwandlung der CSU

der Grenze zurückzuschicken, hatten die großen Kapitalverbände BDA, BDI, DIHK und auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks die CSU öffentlich zur Raison gerufen. „Die wirtschaftliche Bedeutung Europas gerade für Deutschland ist enorm (...) Die deutsche Wirtschaft ist überzeugt, dass nationale Alleingänge mehr Schaden als Nutzen anrichten. (...) Keineswegs dürfen wir dieses große europäische Einigungswerk aufs Spiel setzen“, heißt es in einem Appell der deutschen Wirtschaft vom 29. Juni 2018. Zum Jahreswechsel 2018/2019 schob der DIHK noch eine Resolution mit dem Titel „Deutsche Wirtschaft für Weltoffenheit und gegen Ausländerfeindlichkeit“ nach. Auch darin wird an die „europäische Einigung“ als Grundlage für „Deutschlands Wohlstand“, sprich für den Wohlstand und Profit der Konzerne, erinnert, wie auch daran, dass die Unternehmer gerade Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen. Offene rassistische Hetze, zumal von einer Staatspartei, ist da ebenso wenig angesagt, wie die offene Ankündigung, notfalls ohne Absprachen in der EU zu handeln.

Die Kapitalisten wissen, wovon sie reden. Schließlich kämpfen sie bzw. ihre Vor-

gänger seit über 100 Jahren für ein Europa, das ihrem Expansionsdrang zu Füßen liegt als Ausgangspunkt, um es mit anderen Weltmächten aufzunehmen. So erklärte z.B. Carl Duisberg von den IG-Farben auf einer Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes 1931: „Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf“.<sup>1</sup> Nun haben sie aufgrund besonderer Bedingungen ohne Krieg erreicht, wofür sie im letzten Jahrhundert die Welt zweimal mit Krieg überzogen haben. Und schon beginnt dieser ertragreiche Segen mit dem geplanten Ausstieg Großbritanniens und sonstigen heftigen Streitereien innerhalb der Europäischen Union wieder zu bröckeln. Da halten zumindest maßgebliche Kreise innerhalb der Kapitalistenverbände deutsche Drohungen mit Alleingängen offenbar nicht gerade für förderlich.

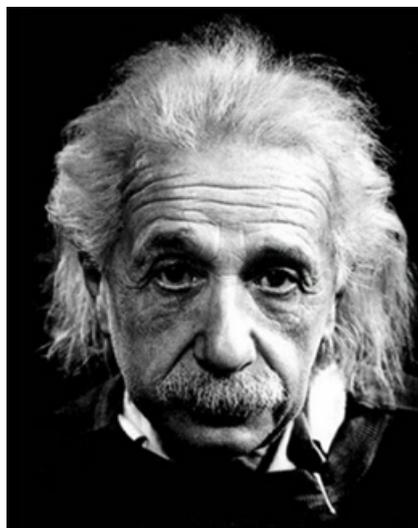
### Ansage angekommen

Das ist es, was die CSU verstanden hat. Geändert hat sie sich deshalb nicht. Weder wurde das sog. Bayerische Integrationsgesetz zurückgenommen noch das neue

bayerische Polizeiaufgabengesetz, beides Gesetze, die der Willkür Tür und Tor öffnen. Asylsuchende werden in Bayern weiterhin in sogenannten Ankerzentren unter teils unsäglichsten Lebensbedingungen zusammengepfercht. Ganz im Gegenteil: die Entrechtung wird von einem CSU-geführten Bundesinnenministerium weiter vorangetrieben. Geht es danach, sollen zukünftig auch die Handys von Kindern (ohne Altersbegrenzung) ins Visier des Verfassungsschutzes genommen werden können. Und ein Entwurf für ein „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ sieht vor, all diejenigen mit bis zu drei Jahren Gefängnis zu bestrafen, die nichts anderes tun, als Abschiebeterminale bekannt zu geben.

Zu all dem haben die Kapitalistenverbände ja ganz offensichtlich auch keinen Widerspruch. ■gr

<sup>1</sup> Zit. nach Reinhard Opitz, „Europastrategien des deutschen Kapitals“ S.581



Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und zu hoffen, dass sich etwas ändert.

Sturmgewehr und Ethik. Eben lese ich: Vor Jahren schon ergab eine von Terre des Hommes (frz. Erde der Menschen) in Auftrag gegebene Studie: „Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch allein durch Waffen des führenden deutschen Pistolen- und Gewehrherstellers Heckler & Koch“. Und was sagt H&K auf seiner Web-Site: „Nachhaltiger Erfolg in unserem Geschäft hängt in besonderem Maße von einer hohen Reputation durch rechtmäßiges und ethisch einwandfreies Handeln unseres Unternehmens“ ab. Ich verstehe. (Email eines Auf Draht-Lesers)



◀ folgt der DKP München auf Instagram unter @dkpmunchen



Die Gruppe KAZ findet ihr im Internet unter <https://www.kaz-online.de/> ▶